



Einschränkungen unserer Demokratie

Das APK-Mitglied, Nationalrätin Schneider-Schneiter behauptet in der NZZ vom 31.1.2020, das Rahmenabkommen lasse die schweizerische Rechtssetzungskompetenz unangetastet.

Dazu ein paar Fragen: Ist die Rechtssetzung im Vertragsbereich unangetastet,

- wenn das Parlament und die Volksabstimmung nur noch unter der Drohung von Strafmassnahmen ihre Entscheide treffen können? (Art 10 Abs. 6 des RA)
- wenn unser Parlament die EU-Regeln nur noch annehmen oder ablehnen, aber in keiner Weise mehr gestalten kann?
- Wenn Themenwahl und Takt unserer Gesetzgebung von der EU massgebend mitbestimmt wird, weil man sich im Rahmenabkommen verpflichtet hat, die entsprechenden EU-Gesetze innert 2 – 3 Jahren abschliessend zu behandeln? (Art. 14 Ziff. 3 RA)
- Wenn wir unsere Schweizerische Gesetzgebung durch die EU-Kommission überwachen und teilweise genehmigen lassen? Art. 7 Ziff.3. und Art. 5, Schluss
- Wenn während des Verfahrens, das jahrelang dauern kann (10-jährige Verfahren vor dem EuGH sind keine Seltenheit) EU-Recht vorläufig angewendet werden muss (Art 14 Abs.2)? Für die betroffenen Unternehmen heisst das: Produktionsprozesse und Allgemeine Geschäftsbedingungen dem neuen EU – Recht anpassen und wenn die Schweiz nach 10 Jahren vom Schiedsgericht Recht erhält, das ganze wieder zurück.
- Wenn im Normalfall unsere Gesetze im Vertragsbereich vom Ministerrat der EU erlassen werden, von Leuten, die wir nicht kennen, nicht wählen, die unser Land kaum kennen und keinerlei Veranlassung haben, Gesetze in unserem Sinne zu erlassen?
- Wenn Leute, die der Korruption angeklagt sind, wie gewisse Minister aus den Oststaaten, Personen bestimmt von Komikern wie Herrn Grillo, Herrn Salvini oder lange Zeit Herrn Berlusconi oder Leute aus Malta, Cypren oder dem Baltikum unsere Gesetze machen?

Das Rahmenabkommen beschränkt unsere Gesetzgebung im Vertragsbereich massiv

Mehr Info mit Klick auf Stichworte von A – Z; Wählen Sie dort das Sie interessierende Thema:

Demokratie; Vorläufige Anwendung von EU-Recht; Ministerrat; Sanktionen;
